

# An der Plakatwand haben die Gegner die Nase vorn

Wie Kommunikationsexperte Raoul Stöhlker die Energiegesetz-Plakate beurteilt. Und was die Macher sagen.

**Mathias Küng**

Derzeit zieren Abstimmungs- und Wahlplakate viele Strassenränder und Laternenpfähle. Darunter etliche, die für oder gegen das neue aargauische Energiegesetz werben. Doch wie gut sind sie? Wir zeigten Raoul Stöhlker, geschäftsführender Partner der Unternehmensberatung Stöhlker AG in Zollikon, zwei Pro- und zwei Kontrainserate.

Bei Stöhlker macht von der Machart klar das Plakat des Hauseigentümergebietes (HEV) Aargau das Rennen: «Mit einer klaren, einfachen Sprache trifft es den Hausbesitzer, die Hausbesitzerin im Innersten.» Das Plakat wecke Ängste, und man erkenne sofort, worum es geht. Der Riss durchs Plakat symbolisiere, dass etwas Bewährtes zerstört und zu Altpapier gemacht werden soll, darum die braune Farbe. Über das Plakat könne man sofort miteinander diskutieren, es erfülle seinen Zweck: «Hier wurde genau überlegt, wen man wie abholen will. Das Plakat ist in Bild- und Wortsprache sehr gut, ja perfekt umgesetzt.» Martin Meili, Geschäftsführer des HEV Aargau, kommentiert das nicht weiter, nimmt aber «die Beurteilung von Raoul Stöhlker durchaus mit Genugtuung zur Kenntnis».

**Stöhlker findet SVP-Plakat nicht schön, aber zweckmässig**

Auch das Kontraplatk der SVP mit dem stilisierten Haus und den Warnfarben Gelb, Rot und Schwarz sowie einer Familie im Zentrum findet Stöhlker gelungen. Auch hier habe man genau überlegt, wen man ansprechen wolle. Das Plakat sei zwar nicht schön, aber zweckmässig. Der Blick des Betrachters falle

darauf, auch hier sei die Sprache klar. Um höhere Miet- und Wohnkosten zu verhindern, müsse man Nein stimmen, suggeriere es. Auch dieses Plakat spiele mit Ängsten, nutze Emotionen. Und es arbeite damit, dass viele finden, sie seien mit der Coronakrise, ständig steigenden Krankenkassenprämien etc. genug belastet. Stöhlker: «Diese Zielgruppe stimmt dann Nein. Damit ist das Ziel voll und ganz erreicht.»

SVP-Geschäftsführer Pascal Furer sagt dazu, die Hauptprobleme der Gesetzesrevision seien «die höheren Miet-

und Wohnkosten, mehr Zwang und mehr Bürokratie, ohne dass auf der anderen Seite ein relevanter Nutzen für Natur und Umwelt resultieren würde». Da die Botschaft auf einem Plakat in kurzer Zeit aufgenommen werden muss, habe man sich auf das Hauptargument fokussiert. Furer: «Visuell ist dies nicht einfach umzusetzen, es scheint aber einigermaßen gelungen zu sein und so hoffen wir, dass die Botschaft auch ankommt.»

Ganz anders tönt es bei Stöhlker beim GLP-Plakat für das Gesetz. Auch hier ist ein stilisiertes Gebäude drauf, um Gebäude geht es ja. Nur die wenigsten wissen aber, was mit dem Dach drüber und dem Inhalt des Bildes gesagt werden soll, kritisiert er: «Geht es darum, einen geschlossenen Energiekreislauf zu zeigen?» Stöhlker: «Dieses Plakat ist viel zu abstrakt, zu kopflastig, zu intellektuell. Da hätte man besser keins gemacht als ein solches.» Womöglich fänden Eingeweihte das Plakat super, relativiert er: «Die stimmen aber sowieso Ja, die Befürworter müssen hingegen Unentschlossene abholen. Es gelingt damit nicht, zumal dem Plakat auch jede Emotionalität abgeht, was in einem Abstimmungskampf wichtig wäre. Man sieht das Plakat gar nicht. Das ist auch deswegen besonders schade, weil das Anliegen sehr wichtig wäre.»

«Wir haben bewusst ein Sujet gewählt, wo klar erkenntlich ist, worum es beim Gesetz geht (primär Häuser dämmen und Heizung)», sagt dazu Philipp Kühni vom GLP-Vorstand. Dass man damit wenig Emotionen auslöse, sei ihnen bewusst, liege aber ein Stück weit in der Natur der Sache «und stand nicht in unserem Fokus. Unser Ja zum Ener-

giegesetz ist ja auch nicht von besonders viel Emotion geleitet, sondern eher ein Vernunftentscheid». Ebenso wichtig sei beim Plakat gewesen, «unsere Energiekompetenz zu betonen und mit unserem Namen und Logo präsent zu sein. Ich glaube, dass unsere Wähler die Botschaft verstehen», ist Kühni überzeugt.

**Stöhlker zum Pro-Komitee: Aargauer Herz reicht nicht**

Etwas weniger streng ist Stöhlker mit dem Plakat des überparteilichen Ja-Komitees. Mit dem grossen Aargauer Herz versuche man, Emotion hineinzubringen: «Das ist gut, alle haben den Aargauern, auch ich. Damit allein gewinnt man aber nicht.» Auch dieses Plakat bringe keine klare, verständliche inhaltliche Botschaft: «Das wurde verpasst. Das Plakat ist mutlos. Man könnte und müsste hier eine positive Hauptbotschaft hineinbringen, etwa sagen, warum es gut ist, wenn alle etwas fürs Klima tun, man es zusammen schaffen könne», schlägt Stöhlker vor.

Beat Flach vom Pro-Komitee bestätigt, mit der Aargauer Fahne auf dem Plakat setze man bewusst auf – positive – Emotionen, natürlich auch mit den Aargauer Farben und dem Wappen in Herzform: «Letzteres symbolisiert, dass wir mit dem neuen Energiegesetz für den Aargau die richtige Lösung gefunden haben.» Es stimme, dass kein konkretes inhaltliches Argument auf dem Plakat stehe: «Wir haben es angesichts der breiten Pro-Koalition von der FDP bis zur SP bewusst offen und allgemein gehalten. So kann jede Partei in ihrer Kampagne individuell ihre Botschaften in den Vordergrund stellen, die ihr am wichtigsten sind.»

**«Es ist essenziell, mit einem Plakat die Menschen anzusprechen und zu berühren.»**



**Raoul Stöhlker**  
Kommunikationsexperte



Das Plakat des Hauseigentümergebietes (HEV)



Einträchtig nebeneinander stehen hier ein Nein-

Nachgefragt mit Energiedirektor Stephan Attiger zu den grössten Vorbehalten der Gegner des neuen aargauischen Energiegesetzes

## Klimaschutz: «Je früher wir handeln, desto günstiger ist es, je später

Diese Zeitung konfrontierte Energiedirektor Stephan Attiger mit den grössten Vorbehalten der Gegner des neuen Energiegesetzes. Sie sprach mit ihm über die Erfahrungen in Luzern und warum es in Solothurn scheiterte.

**Zahllose Hauseigentümer investieren freiwillig energetisch ins Gebäude. Deren Verbrauch sinkt. Warum bleiben wir nicht dabei?**

**Stephan Attiger:** Es stimmt, viele Menschen tun das Richtige. Neue Häuser werden besser gebaut, brauchen weniger Energie und nutzen diese effizienter. Dies zum einen, weil Heizsysteme durchs Band besser geworden sind, Häuser besser gedämmt werden, neue Fenster dichter sind usw. Das ist aber wesentlich auf die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich zurückzuführen. Diese werden alle paar Jahre gezielt erweitert, um den Absenkpfad fortzuführen. Das ist eine erfolgreiche Strategie. Denn die Kantone können die neuen Anforderungen massgeschneidert umsetzen. Das tun wir auch hier im Aargau.

**Braucht es das wirklich? Den Gegnern genügt das geltende Gesetz.**

Es trifft zu, dass wir ein gutes Energiegesetz haben. Einige Gegner haben aber seinerzeit auch das jetzige Energiegesetz als staatliches Machwerk bekämpft. Dass sie es jetzt gut finden, spricht für das Gesetz. Wir sind aber noch nicht dort, wo wir hinwollen. Die Schweiz steht zum Pariser Abkommen und will bis 2050 klimaneutral werden. Das wollen auch wir. Deswegen braucht es weitere Massnahmen – mit dem neuen Energiegesetz.

**Warum geht es im neuen Energiegesetz eigentlich nur um Gebäude und nicht auch um den Verkehr?**

Wir haben eine klare Aufgabenteilung. Der Bund ist für den Verkehr zuständig, wir Kantone für die Gebäude. Diese verbrauchen immerhin rund die Hälfte der Energie, das ist also eine sehr wichtige Aufgabe. Diese Aufteilung finde ich richtig, wir Kantone können so die jeweils besten Lösungen finden. Mir ist wichtig, eine gute Lösung zu finden, sodass sich der Bund nicht einmischen



Stephan Attiger: «Gesetz geht weniger weit als Solothurn damals.» Bild: Chris Iselli

muss. Er schickt sich aber mit dem CO<sub>2</sub>-Gesetz zum ersten Mal an, genau das zu tun.

**Dann könnte der Kanton doch einfach auf Bern warten?**

Das wollen wir eben nicht! Denn der Bund muss eine Einheitslösung für alle finden, wir wollen aber eine massge-

schneiderte, aargauische Lösung. Wenn unser Energiegesetz an der Urne gutgeheissen wird, müssen wir das CO<sub>2</sub>-Gesetz nicht bis 2023, sondern erst bis 2026 umsetzen. Das gibt uns Zeit für eigene Lösungen ohne Technologieverbote. Bis dann haben wir wohl schon die nächste Gesetzesrevision bereit. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass wir über 2026 hinaus mit eigenen Lösungen zum Ziel kommen können. Mit unserem Vorgehen sind wir genau richtig.

**Was macht Sie da so sicher? SVP und HEV sehen das umgekehrt.**

SVP, der Hauseigentümergebiet und die EDU bekämpfen das Gesetz. Eine sehr breite Allianz setzt sich aber dafür ein: SP, Grüne, GLP, FDP, CVP, EVP und BDP. Besonders wichtig ist, dass die Energiebranche, der Aargauische Gewerbeverband und die Aargauische Industrie- und Handelskammer – also die Wirtschaft – das Gesetz unterstützen, ebenso der Baumeisterverband, Umwelt- und Naturschutzverbände. Ich bin aber auch sicher, dass das neue Gesetz gut ist. Der Kanton Luzern hat üb-

rigens schon Ja dazu gesagt und erste positive Effekte zeigen sich bereits.

**Inwiefern?**

Erste Erfahrungen aus dem Kanton Luzern zeigen, dass aufgrund einer vom Gesetz geforderten Gesamtanalyse beim Heizungsersatz in mindestens acht von zehn Fällen von einer fossilen auf eine nichtfossile Heizung gewechselt worden ist. Meistens werden Wärmepumpen eingesetzt. In rund zehn Prozent sind die Gebäude bereits gut gedämmt. Da wollen auch wir hin und genau wie Luzern ohne Technologieverbot. Luzern zeigt, es geht.

**Solothurn hat aber sein neues Energiegesetz abgelehnt.**

Das stimmt, wir gehen mit unserem Gesetz aber auch weniger weit als Solothurn damals. Dort kämpften die Wirtschaft und die Branche gegen die Vorlage. Hier im Aargau stehen die Wirtschaft und die Branche hinter unserer moderaten Umsetzung.

**Die Hauptsorge vieler Hausbesitzer**